

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2019

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 26.08.2019,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:52 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Roland Wilde

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Rolf Griesenberg
Frau Susanna Hansen
Herr Timo Hennig
Frau Nicole Johannsen
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Cordelia Koenig
Herr Markus Kubczigk
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Horst Marzi
Herr Ali Haydar Mercan
Herr Andreas Plässer
Herr Jochen Proske
Herr Bela Randschau
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Matthias Stern
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg

außer TOP 12

Herr Michael Stukenberg
Frau Silke von Stockum

Verwaltung

Michael Sarach
Herr Peter Kania
Horst Kienel
Thomas Reich
Imke Bär
Jasna Makdissi
Julia Granse

Personalrat
Gleichstellungsbeauftragte
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt
Herr Eckehard Knoll
Frau Jessica Mellin
Herr Marcus Olszok
Herr Leon Rathje
Frau Kirstin Schilling

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2019 vom 24.06.2019
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
- keine -
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
8. Ehrungen
 - 8.1. Ehrung des ausgeschiedenen Bürgerlichen Mitglieds Frau Mey
- abgesetzt -
 - 8.2. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Marzi für seine zehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik
9. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung vom Werkausschuss **AN/042/2019**
10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung vom Finanzausschuss **AN/043/2019**
- 10.1. Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/040/2019**
11. Nachrücken eines Stadtverordneten **2019/089**
12. Bebauungsplans Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung - für das Gebiet südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284)
- Aufstellungsbeschluss zum Erhalt und zur Aufstockung der Gebäude **2019/050/1**

- | | | |
|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| 13. | Raumprogramm für den Rathuserweiterungsbau der Stadt Ahrensburg
- v e r t a g t - | 2019/090 |
| 14. | Anpassung der Verwaltungsorganisation der Stadt Ahrensburg ab 01.01.2020 | 2019/081/1 |
| 15. | Antrag der CDU-Fraktion zum Organisationsplan der Stadtverwaltung Ahrensburg 2019 und zum Nachtragsstellenplan 2019 - AN/044/2019 | |
| 16. | Geänderter Antrag zum AN/033/2019 - Vorrang für den Klimaschutz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und der WAB-Fraktion - AN/041/2019 | |
| 17. | Aufhebung des Beschlusses der Vorlage 2018/115/1 vom 26.04.2019 | AN/046/2019 |
| 18. | Anfrage der FDP zur Situation bei den standesamtlichen Trauungen | AF/2019/015 |
| 19. | Einrichtung eines Klimabeirates | 2019/084 |
| 20. | Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen gem. § 95 d GO für PSK 11155.5211000.8810.5 | 2019/091 |
| 21. | Öffentlich-rechtlicher Vertrag "Aufgabenübertragung Kreis Stormarn" | 2019/101 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.05.2019 wurde folgender Beschluss in nicht öffentlicher Sitzung gefasst:

„Dem Nachtrag Nr. 1 zum Rahmenvertrag und den Kaufverträgen vom 02.08.2017 mit einem Gewerbebetrieb in Ahrensburg wird zugestimmt. Die Stadt Ahrensburg gestattet dem Gewerbebetrieb das Rückhaltebecken vor Eigentumsübertragung zu versetzen.“

4. Einwohnerfragestunde

Herr Schumacher, wohnhaft in der Bogenstraße, berichtet über Verkehrslärm. Er ist aufgeschreckt, da die Bahn nun eine Brücke Am Braunen Hirsch über die kommende S-4 plane. Im südlichen Teil von Ahrensburg herrsche bereits starker Verkehr. Er appelliert für den Bau einer Südumgehung durch den Kühlenmoorweg, damit sich die Verkehrssituation in Ahrensburg beruhige.

Herr Dzubilla bittet die Verwaltung um schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Jahr beginnt das geplante Stadtmarketing für Ahrensburg?
2. Welche Aufgaben verrichtet die Leiterin der Stabstelle Stadtmarketing zurzeit?
3. Was geschieht mit dem im Jahr 2015 angekauften Speicher am Marstall?
4. Wie ist der Stand des Kino-Vertrages mit dem Reitbahn-Investor bezüglich seiner Garantie, dass er das Kino am Bahnhof auch tatsächlich baut?
5. Was ist das Ergebnis der juristischen Auseinandersetzung um die 80 Stellplätze unter dem Rathausplatz, die seit über 80 Jahren abgesperrt sind?
6. Wie ist der aktuelle Stand von den Stadtverordneten beschlossenen Schlossplaketten?
7. Was passiert mit dem Muschelläufer, der dem vertraglichen Zweck von Kindern beispielbares Kunstwerk, nicht mehr gerecht wird?

Herr Zillmann, der 2. Vorsitzende des Bürgervereins der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e.V., beanstandet das erhöhte Verkehrsaufkommen in Ahrensfelde. Seitdem die Schule wieder begonnen habe, habe sich die Verkehrssituation nicht verbessert. Die Dorfgemeinschaft hat folgende Ideen und Lösungen zur Entschärfung der Verkehrssituationen entwickelt:

1. Eine Druckkempel in Höhe der Bushaltestelle
2. Die Anordnung eines Überholverbotes in der Dorfstraße
3. Geschwindigkeitsanzeiger auf beiden Eingangsseiten der Dorfstraße
4. Bodenschwellen auf beiden Seiten der Dorfstraße kurz nach der Tempo 30 Anordnung
5. Vergrößerung der Fahrbahnverengung um ca. 50 cm an der Dorfeinfahrt vom Ostring aus kommend
6. Geschwindigkeitskontrollen; auch von 20 Uhr bis 24 Uhr (Lärmschutz)

Mit diesen Maßnahmen sollen den Fahrzeugführern deutlich gemacht werden, dass sie in ein Wohngebiet fahren. Die Dorfgemeinschaft Ahrensfelde bittet um wohlwollende Prüfung der Vorschläge und um Abgleich und Ergänzung mit ihren Lösungen bis Ende September 2019, damit dieses Jahr noch mit der Umsetzung der Verkehrssicherheitsmaßnahmen begonnen werden kann.

Frau Schwintzer, von der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e.V., berichtet, dass der Durchgangsverkehr im Braunen Hirsch sich auf ca. 8.500 Kfz täglich beläuft, nach dem Brückenbau würde sich der Durchgangsverkehr auf ca. 11.000 Kfz täglich erhöhen.

Bürgermeister Sarach berichtet, dass ein Planungsbüro beauftragt wurde und die Ergebnisse bis zum Ende dieses Jahres vorliegen werden und entsprechend beraten wird. Die Öffentlichkeit wird darüber informiert werden.

Herr Carstens, wohnhaft in Ahrensfelde, fragt, ob es Überlegungen, Anregungen oder Planungen über das 825.-jährige Jubiläum von Ahrensfelde im Jahr 2020 gebe und bittet sich diesbezüglich an die Dorfgemeinschaft Ahrensfelde zu wenden.

Bürgermeister Sarach ist dieses Datum bekannt und er freut sich über die Beteiligung der Dorfgemeinschaft.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Stadtverordneter Proske beantragt den TOP 13 „Raumprogramm für den Rathuserweiterungsbau der Stadt Ahrensburg“ von der Tagesordnung abzusetzen. Stadtverordneter Mercan schließt sich diesem Antrag an. Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag mit der erforderlichen Mehrheit zu.

Bürgermeister Wilde schlägt vor den TOP 8.1 „Ehrung der ausgeschiedenen Stadtverordneten Frau Mey“ von der Tagesordnung zu nehmen, da Frau Mey sich entschuldigt hat. Er hat sich deshalb im Namen der Stadtverordneten am 21.08.2019 persönlich für ihr kommunalpolitisches Engagement für die Stadt Ahrensburg mit einem Blumenstrauß bedankt.

Die Stadtverordneten stimmen der Behandlung des Antrages der WAB-Fraktion, AN/040/2019, ab TOP 10.1, im Rahmen des TOP 10 „Umbesetzung von Ausschüssen“ einstimmig zu.

Bürgermeister Wilde zieht den Antrag AN 044/2019 zurück, da dieser Antrag erst im Zuge des Nachtragsstellenplanes beraten werden soll.

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit den obengenannten Änderungen der mit Einladung vom 14.08.2019 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 05/2019 vom 24.06.2019

Das Ende der Sitzung muss geändert werden auf 23:25 Uhr.

Das Abstimmungsergebnis des TOP 9 ist nicht korrekt, richtig müsste es heißen: „mehrheitlich zugestimmt“.

Den wie vor aufgeführten Anträgen auf Änderung der Niederschrift wird zugestimmt.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *keine* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

8. Ehrungen

8.1. Ehrung des ausgeschiedenen Bürgerlichen Mitglieds Frau Mey

— *abgesetzt* —

8.2. Ehrung des Stadtverordneten Herrn Marzi für seine zehnjährige Tätigkeit in der Kommunalpolitik

Bürgervorsteher Wilde richtet Grußworte an Stadtverordneten Marzi und bedankt sich im Namen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadt Ahrensburg für sein langjähriges kommunalpolitisches Engagement für das Gemeinwohl der Stadt Ahrensburg. Bürgermeister Sarach und Bürgervorsteher Wilde überreichen dem Stadtverordneten Marzi eine Ehrenurkunde sowie ein Schreibgerät.

9. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung vom Werkausschuss

Dem Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung vom Werkausschuss wird einstimmig abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

AN/043/2019

10. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung vom Finanzausschuss

Dem Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung vom Finanzausschuss wird einstimmig abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

AN/040/2019

10.1. Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Dem Antrag der WAB-Fraktion auf Umbesetzung vom Ausschüssen wird einstimmig abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

11. Nachrücken eines Stadtverordneten

Bürgermeister Wilde führt den neuen Stadtverordneten Timo Hennig in sein Amt ein und verpflichtet ihn per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten.

**12. Bebauungsplans Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung - für das Gebiet süd-östlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284)
- Aufstellungsbeschluss zum Erhalt und zur Aufstockung der Gebäude**

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Pläuser hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter M. Stuckenberg von der FDP-Fraktion zitiert Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz und § 2 Absatz 1 der Satzung der Neuen Lübecker. Die FDP-Fraktion wird diese Vorlage ablehnen, da massive Eingriffe in die Lebens- und Wohnqualität der betroffenen Wohnungsbesitzer geplant ist ohne, dass die Planung mit den Betroffenen besprochen oder abgestimmt wurde. Die von der Neuen Lübecker geplanten Maßnahmen, Aufstockung der Gebäude, Einbau nicht barrierefreier Fahrstühle und Mieterhöhungen werden von den Mietern stark kritisiert. Auch wenn diese Maßnahmen rechtlich zulässig sind, stellen sie einen massiven Eingriff in das Leben der Betroffenen dar. Die FDP-Fraktion hält die Innenverdichtung sowie Erhaltung und Ausbau des Grüns für sinnvoll, die anderen Maßnahmen jedoch tolerieren sie nicht. Der Vorstand der Neuen Lübecker habe erst vor mit den Mietern zu reden, wenn die Stadt die Baupläne genehmigt hat. Dies ist in den Augen der FDP-Fraktion der falsche Weg. Es hätte erst mit den Betroffenen gesprochen werden müssen und erst danach mit der Stadt. Die jetzigen Pläne seien sozial nicht verantwortbar.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion Die Linke hätte sich mehr Grünflächen gewünscht. Sie können den Argumentationen der FDP-Fraktion folgen, jedoch würden diese nicht für eine Ablehnung des Aufstellungsbeschlusses ausreichen.

Stadtverordneter Levenhagen von der CDU-Fraktion erinnert daran, dass nur zwei Möglichkeiten in Betracht kämen: Entweder die Aufstockung der Gebäude und somit keine erheblichen Mieterhöhungen oder der Abriss der Gebäude, der massive Mieterhöhungen zur Folge gehabt hätte. Die geplanten Parkflächen seien nötig, da es keine andere Möglichkeit gäbe.

Ein Abriss der Gebäude kommt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nicht in Betracht, da dies eine deutliche Mieterhöhung zur Folge hätte. Stadtverordnete Levenhagen berichtet über die emotionalen Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses, als Mieter über ihr Leid geklagt haben. Daher ist die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für den neuen B-Plan.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den nachfolgenden Beschlussvorschlag der Vorlagennummer 2019/050/1 wie folgt ab:

- „1. Für das Gebiet südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284) wird der bestehende Bebauungsplan Nr. 90 „Reeshoop“ geändert. Hierfür wird ein Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a BauGB im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB aufgestellt (**Anlage 1 der Vorlagenr. 2019/050/1**). Der Bebauungsplan verfolgt die Zielsetzung die Aufstockung der Gebäude zu ermöglichen und einen geringen Bodenverbrauch für die Stellplätze bei gleichzeitig größtmöglichem Erhalt der Grünflächen zu sichern.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Der betroffenen Öffentlichkeit wird nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.
4. Den betroffenen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird nach § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb angemessener Frist gegeben.“

Gesetzliche Vertreter: 40
Anwesend: 33
Abstimmungsergebnis: 28 dafür
3 dagegen
2 Enthaltungen
Befangen: 1

Anmerkung der Verwaltung:

Stadtverordneter Schrader ist nach § 22 GO befangen und verlässt während der Beratung und Abstimmung den Sitzungsraum. Gemäß § 22 GO waren keine weiteren Stadtverordneten von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

2019/090

13. Raumprogramm für den Rathuserweiterungsbau der Stadt Ahrensburg

— *vertagt* —

2019/081/1

- 14. Anpassung der Verwaltungsorganisation der Stadt Ahrensburg ab 01.01.2020**

15. Antrag der CDU-Fraktion zum Organisationsplan der Stadtverwaltung Ahrensburg 2019 und zum Nachtragsstellenplan 2019 - AN/044/2019

Der Antrag AN044/2019 wurde bereits im Rahmen des Tagesordnungspunktes 5 „Festsetzung der Tagesordnung“ zurückgezogen.

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten nehmen die Vorlage 2019/081/1 zur Kenntnis.

16. Geänderter Antrag zum AN/033/2019 - Vorrang für den Klimaschutz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der SPD-Fraktion und der WAB-Fraktion - AN/041/2019

Stadtverordnete und stellvertretene Vorsitzende des Umweltausschusses Frau Koenig hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Kleinschmidt von der CDU-Fraktion unterstützt den Antrag zum Vorrang für den Klimaschutz. Infolge der Novellierung der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein ist ein Bericht über Stand, Entwicklung sowie Maßnahmen im Handlungsfeld Klimaschutz bereits vorgeschrieben (§ 45 c GO).

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion findet die Formulierung des Antrages etwas schwierig. Er denkt über die Konsequenzen des beschlossenen Antrages nach. Zum Beispiel die Südumgehung, es wäre am klimafreundlichsten sie nicht zu bauen und er hätte damit auch kein Problem. Bei der CDU-Fraktion stehe die Südtangente jedoch im Wahlprogramm. Diese würde sich mit dem Beschluss des Antrages widersprechen. Die SPD-Fraktion habe den „bezahlbaren Wohnraum“ im Wahlprogramm stehen, die Baukosten für „umweltfreundliches Bauen“ seien jedoch sehr hoch und somit zu teuer für Sozialwohnungen. Für bezahlbaren Wohnraum wären Schlichtbauten nötig, die nicht klimafreundlich seien. Als Politik müsse man sich fragen, ob sozialpolitische, umweltpolitische oder wirtschaftspolitische Ansätze wichtiger seien. Die Abwägung dieser Schwerpunkte gehört zur kommunalpolitischen Arbeit dazu und muss auch weiterhin gewährleistet sein. Aus diesem Grund stellt die FDP-Fraktion nachfolgenden Änderungsantrag:

Der Erste Bullet Point des AN/041/2019 soll wie folgt geändert werden:

„Alle Projekte werden auf ihre Auswirkungen auf das Klima untersucht. Ziel ist es, bei allen Projekten die klimapolitischen, sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Auswirkungen miteinander abzuwägen und eine ganzheitliche Entscheidung zu treffen.“

Die FDP-Fraktion wird dem Ursprungsantrag nicht zustimmen aber nicht weil sie nicht für den Klimaschutz sind, sondern weil je nach Abwägung auch die Sozialpolitik oder Wirtschaftspolitik Vorrang gegenüber der Umweltpolitik haben muss.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion sieht den Klimabeirat als ein Instrument an, das dem Klimaschutz einen richtigen Stellenwert gebe, z. B. sei im Finanzausschuss oft diskutiert worden, in den Schulen und Kitas die Kosten für den Strom zu reduzieren. Der Klimabeirat sollte diese Sachverhalte genauer prüfen.

17. Aufhebung des Beschlusses der Vorlage 2018/115/1 vom 26.04.2019

Der Vorsitzende des Kinder- und Jugendbeirates Herr Goetz hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion dankt dem KiJuB für den eingereichten Antrag. Der Bau einer Tiefgarage sei nicht die klimafreundlichste Maßnahme.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion wird dem Antrag des KiJuB nicht zustimmen. Der provisorische Parkplatz mit ca. 120 Plätzen erfolge ohne Beton oder Teer. Wenn dieser errichtet ist, beginnt der Bau an der Reitbahn und wenn dieser fertig ist, beginnt der Bau der Tiefgarage. Danach werde der Urbane Park mit der Skateranlage errichtet.

Stadtverordneter Mercan kritisiert, dass mit der Tiefgarage die letzte Grünfläche der Stadt wegfalle. Es handele sich um kein Provisorium und entspreche nicht den Vorstellungen des KiJuB, da im späteren Verlauf eine Tiefgarage gebaut werden solle. Die Fraktion Die Linke wird dem Antrag des KiJuB zustimmen und appelliert an die anderen Fraktionen dies auch zu tun, da vor wenigen Minuten ein Antrag zum Vorrang des Klimaschutzes beschlossen worden sei.

Stadtverordneter B. Stukenberg von Bündnis 90/ Die Grünen stellt fest, dass es am klimafreundlichsten wäre weder ein Parkhaus noch eine Tiefgarage zu bauen. Die Alternative zur Tiefgarage wäre ein Parkhaus, wofür jedoch auch eine Fläche versiegelt und Bäume gefällt werden müssten, wobei die Tiefgarage die bevorzugte Variante ist.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion macht darauf aufmerksam, dass die klimafreundlichste Politik wäre, weder ein Parkhaus noch eine Tiefgarage zu bauen. Er weist darauf hin, dass Sachverhalte durcheinandergebracht werden. In dem vorgelegten Antrag geht es lediglich darum einen Beschluss aufzuheben. Der KiJuB hat taktisch ungeschickt das Parkhaus wieder ins Gespräch gebracht. Stadtverordneter B. Stuckenberg müsste den Beschluss heute aufheben wollen, da das Klimafreundlichste keine zusätzlichen Parkflächen in der Stadt wären.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion führt aus, dass infolge der Errichtung eines Kinos für die Jugendlichen Parkplätze an der Reitbahn entfallen und Ersatz geschaffen werden muss. Die Errichtung eines Parkhauses sei nicht günstiger sondern genauso teuer wie die Errichtung einer Tiefgarage.

Stadtverordnete N. Levenhagen kritisiert, dass die Stellungnahme des KiJuB nicht der Realität entspreche. Auf Nachfrage habe der KiJuB absichtlich übertrieben. Bündnis 90/ Die Grünen werden deshalb den Antrag ablehnen.

18. Anfrage der FDP zur Situation bei den standesamtlichen Trauungen

Stadtverordneter Bellizzi findet es ausreichend, wenn die Antworten dem Protokoll beigefügt werden (s. Anlage).

20. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen gem. § 95 d GO für PSK 11155.5211000.8810.5

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Egan trägt den Sachvortrag vor.

Anschließend wird über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

„Für das Gebäude „An der Strusbek 23“ werden auf dem PSK 11155.5211010-8810.5 außerplanmäßig 140.000 € für die einmalige Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen in Höhe von 100.000 € bei PSK 12600.0900000-126 sowie Minderaufwendungen in Höhe von 40.000 € bei PSK 36500.5241040-8840.1.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

21. Öffentlich-rechtlicher Vertrag "Aufgabenübertragung Kreis Stormarn"

Stadtverordneter und Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Stern trägt den Sachvortrag vor.

Anschließend wird über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

„Der Übertragung von Aufgaben des Kreises Stormarn auf die Stadt Ahrensburg, hier betreffend die Änderung der Meldeanschrift auf elektronischen Aufenthaltstiteln, wird gemäß anliegendem Vertragsentwurf zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Julia Granse
Protokollführerin